

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Kreistag
Sitzung Nummer	23/2021-2026
Datum	18.03.2024
Sitzungsbeginn	13:30
Sitzungsende	18:19
Ort	Kreistagssitzungssaal, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar

Teilnehmende**Kreistagsvorsitzender**

Volkman, Johannes

Landrat

Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter

Esch, Roland

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Aurand, Stephan

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter -Dezernent-

Biermann, Andrea

Prof. Dr. Danne, Harald

CDU-Fraktion

Bender, Anna-Lena

Braun, Carsten

Deusing, Kevin

Herr, Christoph Alexander

Hundertmark, Michael

Müller, Armin

Panten, Ingo

Panten, Sascha

Petersen, Nicole

Schäfer, Lisa
Schumacher, Silke
Prof. Dr. Silbe, Katja
Sommer, Sabine
Steinraths, Daniel
Steinraths, Frank
Winkler, Lukas Philipp

SPD-Fraktion

Arch, Stefan
Beimborn, Regina
Böcher, Jan Moritz
Egler, Beatrix
Engel, Jürgen
Fay, Anja
Grimmer, Andrea
Grüger, Stephan
Hartert, Holger
Inderthal, Frank
Kunz, Cirsten
Lemler, Heinz
Polat, Murat
Dr. Rauber, David
Rauber, Heinz
Schäfer, Mechthild
Schmidt, Ingrid
Scholl, Stefan

B90/Die Grünen

Brockhoff, Sebastian
Dworschak, Reiner
Garotti, Dorothea
Green, Emely
Hartmann, Lukas
Klement, Martina
Krohn, Martin
Dr. Marien, Jan
Dr. Rinn, Karin
Dr. Sattler, Daniel
Schelberg, Maria
Zühlsdorf-Michel, Carmen

FWG-Fraktion

Dr. Blöcher-Weil, Johannes
Boch, Dunja
Esch, Gudrun
Fuchs, Hans-Werner
Ludwig, Jörg
Peller, Michael
Dr. Viertelhausen, Andreas
Walther, Bernd

AfD-Fraktion

Bellinghausen, Karlheinz
Hermann, Jacqueline Carina
Jakisch, Rudolf Georg
Mulch, Lothar
Niggemann, Andrea
Wagner, Willi

FDP-Fraktion

Benner-Berns, Anna-Lena
Berns, Wolfgang
Dr. Büger, Matthias
Dette, Wolfram

DIE LINKE

Ohnacker, Christiane
Zborschil, Tim

fraktionslos

Hantusch, Thassilo
Hartmann, Niklas
Wagner, Steffen

Ehrenamtliche/r Kreisbeigeordnete/r

Bangert, Armin
Benner, Hans
Betz, Karin
Döpp, Ronald
Droß, Steffen
Hardt-El Ansari, Kerstin
Hugo, Klaus
Koch-Rein, Christiane
Müller, Elisabeth
Nickel, Diethelm
Niggemann, Klaus
Zeaiter, Sabrina

Schriftführerin

Klein, Birgit

Stellv. Schriftführerin

Müller, Katja

es fehlt entschuldigt

Ahrens-Dietz, Heike
Bender, Matthias
Breustedt, Michelle
Gottsmann, Thomas
Krämer-Bender, Rabea
Lenzer, Carmen
Müller, Jörg Michael
Müller, Leo
Dr. Schönwetter, Tim
Sitte, Kevin

Weppler, Elke
Horne, Eberhard

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Sitzungsteil A

TOP 1.

Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

TOP 2.

Fragestunde

Sitzungsteil B

TOP 3.

Aufstellung der Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei dem Sozialgericht Gießen
(MI-1/2024)

TOP 4.

Jahresabschluss 2020 des Kommunalen Jobcenters Lahn-Dill
(VL-17/2024)

TOP 5.

Einspruch nach § 25 Geschäftsordnung des Kreistages des Lahn-Dill-Kreises

Sitzungsteil C

TOP 6.

Anhörung der Städte und Gemeinden zum Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2024 und 2025
(MI-7/2024)

TOP 7.

Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 mit Haushaltsplan und Investitionsprogramm 2023 – 2027
(VL-11/2024)

TOP 7.1

Änderungen zum Haushaltsentwurf 2024/25
(VL-40/2024)

TOP 8.

Circular Rural Regions
Antrag der CDU-Fraktion vom 26.02.2024
(A-6/2024)

TOP 9.

Schülerbeförderung im Lahn-Dill-Kreis

TOP 9.1

Schülerbeförderung an der Wilhelm-von-Oranien-Schule in Dillenburg
Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 26.02.2024
(A-3/2024)

TOP 9.2

Schülerbeförderung für die Wilhelm-von-Oranien-Schule in Dillenburg und der allgemeinen
Situation der Schülerbeförderung im Lahn-Dill-Kreis
Antrag der CDU-Fraktion vom 26.02.2024
(A-4/2024)

TOP 10.

Demokratie verteidigen - Die Gedanken sind frei
Resolutionsantrag der AfD-Fraktion vom 25.02.2024
(A-5/2024)

TOP 11.

Wahl je einer sachkundigen Person als Mitglied und stellvertretendes Mitglied der Frauen- und
Gleichstellungskommission auf Vorschlag der AfD-Frauenorganisation

Sitzungsverlauf

Öffentliche Sitzung

Kreistagsvorsitzender Volkmann (CDU) eröffnet die 23. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Abgeordneten, Landrat Wolfgang Schuster, den Ersten Kreisbeigeordneten Roland Esch, den Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Stephan Aurand, die Ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Andrea Biermann und Prof. Dr. Harald Danne sowie die weiteren Mitglieder des Kreisausschusses. Weiter begrüßt er die Vertreter der Medien, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung sowie Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal und bei Youtube.

Vorsitzender Volkmann (CDU) beglückwünscht den Ersten Kreisbeigeordneten Esch zu dessen Geburtstag und überreicht einen Blumenstrauß.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Er weist auf die Videoaufzeichnung der Sitzung hin und bittet um Mitteilung, wenn die Aufzeichnung von Redebeiträgen nicht gewünscht werde.

Vorsitzender Volkmann (CDU) fährt fort, dass zu der Sitzung mit Schreiben vom 29. Februar 2024 form- und fristgerecht eingeladen worden sei. Die Beratungsunterlagen für diese Sitzung seien mit der Einladung versandt oder auf eigenen Wunsch digital zur Verfügung gestellt worden. Die amtliche Hinweisbekanntmachung der Kreistagssitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet sei am 14. März 2024 erfolgt. Der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 28. Februar 2024 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt.

Der Ältestenrat habe sich darauf geeinigt, die Tagesordnungspunkte 6 und 7 gemeinsam aufzurufen und zu beraten. TOP 8 solle nicht aufgerufen werden, da der Antrag auf Wunsch der CDU-Fraktion

im Geschäftsgang verbleiben solle. TOP 11 Circular Rural Regions werde an die Stelle des ehemaligen TOP 8 vorgezogen

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Sie gilt somit als genehmigt.

Sitzungsteil A

Zu TOP 1.

Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

Mitteilungen des Kreisausschusses

Jahresabschluss 2023 – Budgetüberschreitung Abt. 41

Landrat Schuster teilt mit, dass mit Beschluss vom 18.12.2023 der Kreistag die Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen im Teilhaushalt der Abteilung 41, Soziales und Integration, in Höhe von bis zu 6,33 Mio. € erteilt habe. Nach dem jetzigen Buchungsstand liege das Jahresergebnis der Abteilung 41 bei 86.129.310,60 €. Es fehlten noch Abschlussbuchungen bei den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten, Abschreibungen und Rückstellungen. Es würden dort aber keine relevanten Größenordnungen erwartet. Das Jahresergebnis liege um 16.446.893,76 € über dem Planwert. Unter Berücksichtigung der Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen in Höhe von 6,33 Mio. € sei das Jahresergebnis um ca. 10 Mio. € überschritten. Der Gesamthaushalt werde nach einer Ergebnishochrechnung voraussichtlich mit einem Fehlbetrag in Höhe von 2,7 Mio. € abschließen und läge damit um 4,3 Mio. € unter dem Planverlust.

Gem. § 100 Abs. 1 HGO seien überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen nur zulässig, wenn sie unvorhergesehen und unabweisbar seien und die Deckung gewährleistet sei. Wenn Aufwendungen und Auszahlungen nach Umfang oder Bedeutung erheblich seien, bedürften sie der vorherigen Zustimmung der Gemeindevertretung; Im Übrigen sei der Gemeindevertretung davon alsbald Kenntnis zu geben.

Da die Überschreitung erst bei den Jahresabschlussarbeiten festgestellt worden sei, würde der Erlass einer Nachtragssatzung (§ 98 HGO) und die vorherige Einholung einer Genehmigung der überplanmäßigen Aufwendung (§ 100 HGO) ausscheiden. Eine umgehende Information des Kreistages erscheine aber trotzdem geboten.

Ausstellung „Vom Flüchtling zum Nachbarn“

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand weist auf die Ausstellung „Vom Flüchtling zum Nachbarn“ hin, die im Foyer des Kreistagssitzungssaales aufgebaut sei und durch das Vielfaltszentrum des Hauses Kreises zusammen mit freien Trägern konzipiert worden sei. In der Ausstellung würden sich junge Menschen präsentieren, die als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in den Lahn-Dill-Kreis gekommen seien.

Respekt Coaches

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand teilt mit, dass er zusammen mit Herrn LR Schuster am 19. Dezember die Bundesebene über den Kreistagsbeschluss informiert habe. Herr Müßener, Leiter des Diakonischen Werkes an der Dill habe am 8. Februar mitgeteilt, dass das Projekt nun fortgeführt werden könne. Er bedankt sich bei allen für den Einsatz. Die Bundemittel seien allerdings bis zum Jahresende begrenzt. Die Stellenausschreibung laufe.

Deutsche Aktionstage für Nachhaltigkeit

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Biermann weist auf die Aktionstage für Nachhaltigkeit hin, die von 18.09.2024 bis 18.10.2024 stattfinden würden. Der Lahn-Dill-Kreis wolle sich daran beteiligen und erstelle aktuell ein Rahmenprogramm. Ziel der Aktion sei, Engagement für Nachhaltigkeit im Lahn-Dill-Kreis sichtbar zu machen und Menschen zu nachhaltigem Handeln zu bewegen. Mitmachen könnten Institutionen, Vereine oder Privatpersonen. Im letzten Jahr habe man in diesem Rahmen über 50 Veranstaltungen zusammengestellt. Viele seien kostenfrei oder ehrenamtlich organisiert worden. Weitere Informationen könnten der Pressemitteilung des Lahn-Dill-Kreises entnommen werden. Bei Interesse an einer Beteiligung könne man sich an die Stabstelle Klima, Energie und Mobilität wenden. Einsendeschluss sei der 30.06.2024.

Zahlen aus der heimischen Wirtschaft

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Danne teilt mit, dass die heimische Wirtschaft das zweite Jahr in Folge Rekordzahlen vorgelegt habe. Der Gesamtumsatz sei um 3,9 % auf über 9 Mrd. € gesteigert worden. Hessenweit sei die Wirtschaftskraft um 0,3 % zurückgegangen (Bund: +0,7%). Die IHK blicke jedoch sorgenvoll in die Zukunft, da es im Dezember 2023 einen Umsatzknick von über 12 % gegeben habe. Die Zahl der Arbeitslosen sei im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen (von 5,6 % auf 6,2 %). Sorgen bereite außerdem der Rückgang der Zahl der offenen Stellen von 10 %. Es sei daher wichtig, das Transformationsnetzwerk, über das er bereits berichtet habe, kreisseitig weiter zu begleiten. Zur Wohnraumsituation habe man neue Zahlen auf Grundlage des Zensus 2022 angekündigt. Im Zuge der Qualitätssicherung sei jedoch die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen zur Sicherung der Ergebnisqualität festgestellt worden. Diese Arbeiten führten zu einer Verschiebung der Ergebnisveröffentlichung bis zum Sommer 2024.

Mitteilungen des Kreisausschusses

Fraktionsvorsitz AfD-Fraktion

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass die AfD-Fraktion ihn mit Schreiben vom 26.02.2024 darüber informiert habe, dass sie ab dem 01.03.2024 zu einer Doppelspitze zurückkehre. Als Fraktionsvorsitzende sei neben dem Abgeordneten Mulch die Abgeordnete Niggemann gewählt worden.

Vorsitz Bauausschuss

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass der Abgeordnete Walther (FWG) wurde in der Sitzung des Bauausschusses am 11.03.2024 zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

75 Jahre Grundgesetz

Vorsitzender Volkmann (CDU) informiert, dass auf Beschluss des Kreistages am 22. Mai um 17 Uhr in der Aula der Goetheschule in Wetzlar eine Feierstunde aus Anlass des 75-jährigen Inkrafttretens des Grundgesetzes stattfinde. Er habe zusammen mit Herrn Landrat Schuster hierzu eingeladen. Für den Festvortrag habe man Herrn Dr. Wilhelm Wolf, Präsident des Staatsgerichtshofes in Hessen, gewinnen können. Ein persönliches Einladungsschreiben werde den Abgeordneten und Mitgliedern des Kreisausschusses noch übersandt. Die Veranstaltung sei öffentlich, so dass weitere Interessierte über den Termin informiert werden könnten.

Besuch einer Delegation aus der Ukraine

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass er zusammen mit Herrn Landrat Schuster eine Delegation der Stadt Browary in der Ukraine unter der Führung des Bürgermeisters Sapozhko für einen Besuch zur Anstrengung eines Partnerschaftsabkommens nach Wetzlar eingeladen habe. Der Besuch diene der Anbahnung einer Partnerschaft. Zu gegebener Zeit werde man einen Beschluss zur Kenntnisnahme dem Kreisausschuss und dem Kreistag vorlegen. Man handele auf Basis der Resolution des Kreistages zu Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine.

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass eine Frage der Abgeordneten Hermann (AfD) zur Überprüfung des gewöhnlichen Aufenthaltes ukrainischer Kriegsflüchtlinge vorliege.

Abgeordnete Hermann (AfD) fragt:

Mehrere Tausend Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine haben im Lahn-Dill-Kreis Zuflucht gefunden. Sie erhalten über das Kommunale Jobcenter Lahn-Dill Bürgergeld gem. SGB II. Voraussetzung für den Bezug dieser durch den Steuerzahler finanzierten Sozialleistung ist, dass der Anspruchsteller seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hat.

1. Frage:

Findet eine Überprüfung des gewöhnlichen Aufenthaltes der ukrainischen Kriegsflüchtlinge statt, denen durch das Jobcenter Lahn-Dill Bürgergeld überweisen wird?

2. Frage

Wie gestaltet sich diese Überprüfung?

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand beantwortet die Frage als Vorsitzender des Verwaltungsrates des Kommunalen Jobcenters Lahn-Dill. Mitte Februar 2024 seien 1.321 ukrainische Bedarfsgemeinschaften mit insgesamt 2.930 Personen im Leistungsbezug des Kommunalen Jobcenters Lahn-Dill gewesen. Dies führe zu einem enormen Arbeitsanstieg der Mitarbeitenden des Jobcenters, der seit Frühjahr 2022 ohne nennenswerte Aufstockung des Personals bewältigt werden müsse. Das Kommunale Jobcenter Lahn-Dill stelle durch verschiedene Maßnahmen einen engmaschigen Kontakt zu den geflüchteten Personen sicher. Zudem erhalte es eine Fülle von Informationen, anhand derer die für die jeweiligen Ukrainerinnen und Ukrainer zuständigen Mitarbeitenden relativ leicht erkennen können, ob Geflüchtete ihren gewöhnlichen Aufenthalt noch an der bekannten Meldeadresse hätten. Der Bewilligungszeitraum für Leistungen nach dem SGB II umfasse in diesen Fallkonstellationen in der Regel nur 6 Monate, wodurch eine spätestens halbjährliche Überprüfung des Aufenthaltes garantiert sei. Darüber hinaus würden geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer regelmäßig zu Beratungsgesprächen bei vom Jobcenter beauftragten Trägern eingeladen. Er nennt die Maßnahme „Jobkompass“, die die GWAB im Auftrag des Jobcenters durchführe. Außerdem fänden Kontakte und Termine bei Einstufungstests zur Ermittlung der Sprachkompetenz statt. Bei den sich anschließende Deutschkursen und arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen werde die Anwesenheit erfasst und vom Jobcenter zurückgemeldet. Würden mehrere Beratungstermine unentschuldigt versäumt, oder den verpflichtenden Maßnahmen unentschuldigt ferngeblieben, erfolge eine Überprüfung des Aufenthaltes. Wenn dieser nicht nachvollzogen werden könne, würden die Leistungen vorläufig bis zur endgültigen Klärung eingestellt. Da Ukrainerinnen und Ukrainer häufig Post vom Jobcenter erhielten, wie z. B. Einladungen, Bescheide, Aufforderungen zur Mitwirkung u.s.w. werde durch Postrückläufe zügig offenbar, wenn eine Person den gewöhnlichen Aufenthalt verändert habe. Auch die Betreiber von Gemeinschaftsunterkünften sowie die in den Gemeinschaftsunterkünften tätigen Mitarbeitenden meldeten, wenn Geflüchtete unangekündigt abwesend seien. Bei Unterbringung in privaten Unterkünften erreiche das Jobcenter auch über die Vermieterinnen und Vermieter entsprechende Informationen. All diese Bausteine würden dazu beitragen, dass eine Veränderung des gewöhnlichen Aufenthaltes relativ schnell bekannt werde. Eine hundertprozentige Sicherheit für kurzfristige Informationen gebe es jedoch nicht. Eine verzögerte Information führe in der Regel zu einer Überzahlung der Leistung nach dem SGB II, die über das Forderungsmanagement des Jobcenters begetrieben würden. Bei Verlagerung des gewöhnlichen Aufenthalts ins Ausland, seien die Forderungen häufig nicht beizutreiben und müssten ggfs. niedergeschlagen werden.

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass eine Frage des Abgeordneten Zborschil (DIE LINKE) zum Abriss und Verwendung des Gebäudes „Teutonicus“ in Leun-Stockhausen vorliege.

Abgeordneten Zborschil (DIE LINKE) fragt:

Im Frühjahr 2023 kaufte der Landkreis den ehem. Neonazi-Treff „Teutonicus“ in Leun-Stockkhausen und kündigte einen Abriss des Gebäudes an, für den auch Mittel im vergangenen Haushalt eingeplant wurden.

Frage:

Wie weit sind die Planungen für einen Abriss und wann wird dieser erfolgen?

Zusatzfrage:

Welche Verwendung des Grundstückes plant der Lahn-Dill-Kreis zukünftig?

Landrat Schuster antwortet, dass der Abbruchantrag eingereicht worden sei. Die Abbruchgenehmigung liege vor. Die bauliche Anlage sei im November 2023 dem LDK „überschrieben“ und der Kaufpreis überwiesen worden. Die weiteren Maßnahmen zur Vorbereitung der Abbruchmaßnahme seien in Kooperation mit der Stadt Leun erfolgt. Die Entrümpelung werde von der Stadt Leun übernommen und voraussichtlich nach Ostern (ab Anfang/Mitte April 2024) ausgeführt. Parallel dazu seien Gespräche mit den Eigentümern der Nachbargrundstücke (ein Termin hat bereits stattgefunden) zur Planung und Ausführung von Schutzmaßnahmen, insbesondere zur Gewährleistung der Standsicherheit verschiedener baulicher Anlagen die unmittelbar an das abzubrechende Gebäude angebaut sind, vorgesehen. Dies seien u.a. ein Carport, Aufenthaltsraum mit Außentreppe sowie ein Unterstand für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte. Nach Klärung aller Detailpunkte sei eine freihändige Vergabe der Abbrucharbeiten, voraussichtlich Mai-Juli 2024 vorgesehen. Stand heute könne die Ausführung der Arbeiten, so auch die Kommunikation mit der Bauverwaltung der Stadt Leun, ab August erfolgen. Die Festlegung der endgültigen weiteren Verwendung des Grundstückes stehe noch aus. U.a. sei eine Teilfläche zur Verbreiterung der vorhandenen Kreisstraße in diesem Bereich zu nutzen (Bürgersteig). Wegen der geringen Fläche des Grundstückes von weniger als 300 m² sei angedacht, es der Stadt Leun bzw. den Nachbarn anzubieten.

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass jeweils eine Frage und Zusatzfrage der Abgeordneten A.-L. Bender (CDU) und des Abgeordneten Deusing zum Social Media- Auftritt des Lahn-Dill-Kreises vorliege:

Abgeordneten A.-L. Bender fragt:

Frage:

Welches Konzept gilt als Grundlage für den Social Media Auftritt des Lahn-Dill-Kreises und wer verantwortet diesen?

Zusatzfrage:

Wie ist die Entwicklung der Follower- und Reaktionszahlen in den vergangenen 12 Monaten?

Abgeordneter Deusing fragt:

Frage:

Welche Kosten verursacht der Social Media-Auftritt des Lahn-Dill-Kreises pro Jahr (Kosten für einzelne Seiten und Programme, Personalkosten, etc.)?

Zusatzfrage:

Wie viele Mitarbeiter sind im Bereich „Social Media“ tätig?

Landrat Schuster antwortet auf die Fragen der Abgeordneten Bender (CDU), dass die Grundlage für den Facebook- und den Instagram-Kanal zwei Social-Media-Konzepte aus den Jahren 2017 und 2021 bildeten, die von der Stabsstelle Presse-, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit erstellt und jeweils vom Verwaltungsvorstand bestätigt worden seien. Die Leiterin der Stabsstelle, Frau Zey, sei verantwortlich für die Social-Media-Auftritte. Zur Statistik Facebook sagt er, dass im Zeitraum vom 11.03.2023 bis zum 11.03.2024 die Facebook-Seite des Lahn-Dill-Kreises einen Follower-Zuwachs von 691 (1.011 dazugekommen, 320 verloren) verzeichnet habe. Die gesamte Followerzahl liege aktuell bei 20.044. Damit habe der Lahn-Dill-Kreis im vergangenen Jahr bis zu 70.000 Menschen pro

Beitrag erreicht. Der Mittelwert an Reaktionen, Kommentaren und geteilten Inhalten in Zusammenhang mit den Beiträgen sei in den Insights der Meta-Business-Suite für die jeweils 90 letzten Tage ermittelbar: Im Zeitraum vom 13.12.2023 bis 11.03.2024 habe es insgesamt 4.832 Interaktionen gegeben. Das sei eine Steigerung um 14 % im Vergleich zum Zeitraum vom 15.09.2023 bis 12.12. 2023. Zur Statistik Instagram antwortet er, dass im selben Zeitraum die Instagram-Beiträge des Lahn-Dill-Kreises jeweils bis zu 10.000 Menschen erreicht hätten. Die Followerzahl sei um 997 auf aktuell 5.123 gestiegen (1.378 dazugekommen, 381 verloren). Der Mittelwert an Reaktionen, Kommentaren und geteilten Inhalten in Zusammenhang mit den Beiträgen sei in den Insights der Meta-Business-Suite ebenfalls für die jeweils 90 letzten Tage ermittelbar: Im Zeitraum vom 13.12.2023 bis 11.03.2024 habe es insgesamt 8.161 Interaktionen gegeben. Das sei eine Steigerung um 51 % im Vergleich zum Zeitraum vom 15.09.2023 bis 12.12. 2023.

Landrat Schuster antwortet auf die Fragen des Abgeordneten Deusing (CDU), dass die Stabsstelle Presse-, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit zur Gestaltung der Social-Media-Beiträge das browserbasierte Programm Canva.com verwende. Die Programm Lizenz werde außerdem für die Gestaltung sämtlicher digitaler und analoger Medienprodukte genutzt, zum Beispiel Flyer, Plakate, Broschüren, Werbematerialien und Imagefilme. Die jährlichen Kosten für Canva.com (Lizenz „Canva Pro“) betragen 109,99 €. Insgesamt arbeiteten 5 Mitarbeitende (4,25 VZÄ) im Wechsel an den Social-Media-Auftritten des Landkreises. Pro Tag fielen im Schnitt 2 bis 3 Stunden Arbeitszeit an, die sich auf diese 5 Personen verteilen würden. Die Personalkosten ermittelten sich wie folgt: Mittelwert / Hochrechnung:

$45 \text{ Euro} \times 2 \text{ Stunden/Tag} \times 5 \text{ Tage} = 450 \text{ Euro/Woche}$. Durchschnittlich dürften die internen Personalkosten bei ca. 2.000 Euro/Monat liegen. Facebook und Instagram erleichterten die Krisenkommunikation.

Die Social-Media-Auftritte des Lahn-Dill-Kreises hätten sich, insbesondere in Krisenzeiten, wie der Corona-Pandemie oder dem Ausbruch des Ukrainekrieges, als Kommunikationsinstrument der Verwaltung bewiesen, das mit seinen Beiträgen teilweise bis zu 150.000 Menschen erreicht habe. Auch die Interaktionsmöglichkeit durch Kommentare oder persönliche Nachrichten könnten zu Krisenspitzenzeiten effektiv genutzt werden, um mit den Bürgerinnen und Bürgern in den direkten Austausch zu kommen, aufzuklären und zu informieren. Gerade beim Katastrophenschutz seien schnelle und umfassende Informationen über Social Media elementarer und wichtiger Bestandteil des Kommunizierens, der schnellen Warnung und des Hilfeaufrufes.

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass eine Frage der Abgeordneten Petersen (CDU) zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes vorliege.

Abgeordnete Petersen (CDU) fragt:

Die Fassung des § 5 Asylbewerberleistungsgesetz wurde kürzlich aktualisiert.

Frage:

In welcher Form werden die damit entstandenen neuen Möglichkeiten in den Einrichtungen selbst, aber insbesondere auch innerhalb der Zusammenarbeit mit den Kommunen des Lahn-Dill-Kreises zukünftig umgesetzt?

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand antwortet, dass § 5 AsylbLG Arbeitsgelegenheiten regule, zu denen Asylbewerberinnen und Asylbewerber herangezogen werden könnten. Bisher hätten diese gemeinnützig und zusätzlich sein müssen. Durch die Änderung sei der Passus „zusätzlich“ geändert worden in „wenn das Arbeitsergebnis der Allgemeinheit dient“. Nach Bekanntwerden der Gesetzesänderung sei die Thematik in einem Termin am 12.03.2024 ausführlich mit Vertreterinnen und Vertretern der Bürgermeister erörtert worden. In dieser Besprechung sei gemeinsam ein Weg gefunden worden, dieses neue Instrument qualitativ zu nutzen mit der Zielsetzung, nach einer Erprobung im Rahmen der Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG Arbeitskräfte vor Ort zu gewinnen. Mit Schreiben vom 13.03.2024 seien alle Bürgermeisterinnen und

Bürgermeister im Lahn-Dill-Kreis schriftlich über das geplante Vorgehen informiert und bei Interesse der Kommune um entsprechende Rückmeldung gebeten worden. Der nächste Austausch mit den zu Beteiligten sei für April 2024 geplant.

Sitzungsteil B

Zu TOP 3.

Aufstellung der Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei dem Sozialgericht Gießen

MI-1/2024

Inhalt der Mitteilung:

Der Kreistag nimmt die als Anlage beigefügte Vorschlagsliste 2024 für die Wahl Ehrenamtlicher Richterinnen und Richter bei dem Sozialgericht Gießen des Kreisausschusses gemäß Beschluss vom 14.02.2024 zur Kenntnis.

Zu TOP 4.

Jahresabschluss 2020 des Kommunalen Jobcenters Lahn-Dill

VL-17/2024

Der Kreisausschuss, der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Organisationsausschuss sowie der Kreistag nehmen den Jahresabschluss 2020 des Kommunalen Jobcenters Lahn-Dill zur Kenntnis.

Zu TOP 5.

Einspruch nach § 25 Geschäftsordnung des Kreistages des Lahn-Dill-Kreises

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass der Kreistag nach Anhörung des Ältestenrates über den Einspruch ohne Aussprache entscheide. Die Anhörung des Ältestenrates sei in seiner Sitzung am 26.02.2024 erfolgt. Er fragt, ob der Einspruch gegen die drei in der vergangenen Kreistagssitzung verhängten Ordnungsrufe verbunden abgestimmt werden könne. Der **Abgeordnete Mulch** erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Beschluss

Dem Einspruch des Abgeordneten Bellinghausen (AfD) vom 22. Februar 2024 gegen drei der in der Kreistagssitzung am 5. Februar 2024 gegen seine Person erlassenen Ordnungsrufe wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

7 Ja-Stimmen (6 AfD, 1 fraktionslos)

60 Nein-Stimmen (18 SPD, 17 CDU, 10 B90/Die Grünen, 8 FWG, 3 FDP, 2 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Sitzungsteil C

Zu TOP 6.

Anhörung der Städte und Gemeinden zum Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2024 und 2025

MI-7/2024

Zur Diskussion siehe TOP 7

Inhalt der Mitteilung:

Die Stellungnahme der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zum Entwurf des Kreishaushalts 2024/2025 im Rahmen der Anhörung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 7.

Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 mit Haushaltsplan und Investitionsprogramm 2023 – 2027

VL-11/2024

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass man sich im Ältestenrat darauf verständigt habe, dass man zunächst eine Aussprache aller Fraktionen über den Haushaltsplan im Allgemeinen hören werde. Man werde mit der größten Oppositionsfraktion beginnen, gefolgt von der größten Regierungsfraktion und im Wechsel die weiteren Fraktionen. Im Anschluss bestehe die Möglichkeit, die einzelnen Haushaltsänderungsanträge zu beraten und abzustimmen. Für die Haushaltsberatungen bestehe keine Redezeitbegrenzung, der Ältestenrat halte es jedoch für gut, wenn sich die Rednerinnen und Redner für die einzelnen Haushaltsanträge eine Redezeit von 5 Minuten einhalten würden. Er verweist außerdem auf die vorliegende Stellungnahme der Städte und Gemeinden sowie Stellungnahme des Kreisausschusses.

Vorsitzender Volkmann (CDU) eröffnet die Haushaltsdebatte und gibt den Ausschussvorsitzende Gelegenheit zur Stellungnahme.

Abgeordneter Berns (FDP) informiert, dass in der Sitzung des HFWO 6 finanzwirksame Änderungsanträge des Kreisausschusses in der vom Landrat eingebrachten Fassung beraten und beschlossen worden seien. Ebenso habe man 8 ergebniswirksame Änderungsanträge und 4 Änderungsanträge zum Investitionsprogramm der CDU-Fraktion sowie 2 weitere Anträge der CDU-Fraktion zur Haushaltsklarheit und Stellenplan beraten. Der HFWO empfiehlt dem Kreistag mehrheitlich die Annahme der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan sowie das Investitionsprogramm mit den beschlossenen Änderungen. Er erwähnt die intensive und sachgerechte Beratung der Mitglieder des HFWO.

Abgeordneter Braun (CDU) stellt fest, dass über 800 Seiten im Hinblick auf Planwerte und 1:1 Vergleiche schwierig seien. Die Zahlen aus 2022 würden komplett fehlen. Dies erschwere die Arbeit mit diesem Haushalt. Das Land Hessen gehe von einer Steigerung der Umlagen für 2025 um 9,5 % aus. Insgesamt stiegen die ordentlichen Erträge von 2023 bis 2024 um 10,4 % und bis 2025 nochmals um 5,3 %. Dennoch könne der Haushalt nicht ausgeglichen werden und weise Fehlbeträge aus (2024: 26 Mio. €, 2025: 15 Mio. €). Die heimische Konjunktur schwächele. Hohe Energiepreise, die weltpolitische Lage, schlechte wirtschaftliche Prognosen und hohe Preisen sorgten für eine Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen. Die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden müsse insgesamt so bemessen sein, dass sie Personal- und Sachaufgaben für Pflichtaufgaben bestreiten könnten und ihnen dennoch Mittel für freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben verblieben. Bei steigenden Ausgaben könnten viele Kommunen ihren Ergebnishaushalt jedoch nicht ausgleichen. Dennoch werde der Hebesatz der Kreisumlage erhöht. Daher fordere man, auf die geplanten Erhöhungen zur Entlastung der Kommunen und der Bürgerschaft zu verzichten. Der Lahn-Dill-Kreis habe kein Problem mit den Einnahmen, sondern mit den Ausgaben. Ein Wille zum Sparen sei schwer zu erkennen. Die Sach- und Dienstleistungen seien etwa um 43 % angestiegen (2025: 3,17 %). Der Kreis müsse seine Ausgaben daher kritisch überdenken. Es liege im Interesse des Kreistages die Verwaltung mit den notwendigen Personal auszustatten. Aufgabe des Landrates und der Dezernenten sei es, mit dem aufgebauten

Personalstamm so zu disponieren, dass Führerscheine zeitnah getauscht, Fahrzeuge kurzfristig an-, ab- oder umgemeldet und Bauanträge zügig bearbeitet werden könnten. Die Personalaufwandsquote sei niedrig, was aber auch daran liege, dass Dienstleistungen extern eingekauft würden. Die Dezernentenaufwandsquote des Lahn-Dill-Kreises sei im Vergleich hoch, da die Geschäfte von einem 5-köpfigen Verwaltungsvorstand geführt würden. Dies solle man sich auf Kosten der Städte und Gemeinden nicht leisten. Mit 14 Anträgen habe seine Fraktion versucht, Einsparungen zu erreichen, Belastungen z. B. für die Jägerschaft zu streichen, Verwaltungsaufwand zu reduzieren und Mittel für gezielte Projekt zu einzustellen. Alle Anträge seien im Ausschuss jedoch abgelehnt worden. Er plädiert dafür, sich stattdessen gemeinsam für Rahmenbedingungen einzusetzen, um eine Verwaltung zu schaffen, die effizient, transparent und bürgerorientiert arbeite. Er bedankt sich bei der Verwaltung für die Planaufstellung und die erläuternden Beiträge um Antworten im Rahmen der Ausschusssitzungen.

Abgeordneter Inderthal (SPD) sieht in dem Zahlenwerk des Haushaltes eine solide Grundlage für die Erfüllung aller Aufgaben der Kreisverwaltung. 68,2 Mio. investiere man in Schulen. Für den Breitbandvollausbau werde man mit 90% Bundes- und Landesförderung nahezu 70 Mio. € bis 2030 bereitstellen. Man unterstütze den Klimaschutz und die Wirtschaftsförderung. Die Digitalisierung von Schulen und Verwaltung werde ebenfalls weiterentwickelt. Der öffentliche Gesundheitsdienst werde gestärkt. Die Aufgaben nach dem Landesaufnahmegesetz erfülle man und mit der Einführung eines Sozialbüros gehe man neue Wege in diesem Bereich. Gleichzeitig investiere man in Erhalt und Ausbau von Kreisstraßen. Wichtige Sozialleistungen würden für die Bürgerinnen und Bürger erbracht. Man sei Träger der Schulen, der Lahn-Dill-Kliniken, der Sparkassen, der Volkshochschule, der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung und des öffentlichen Personennahverkehrs in der Schülerbeförderung. Man unterstütze die kreisangehörigen Städte Gemeinden, indem man über die gesetzlich zugewiesenen Aufgaben hinaus auch ausgleichend und ergänzend wirke. Eine Personalaufwandsquote von 15,77 % und eine Zinsaufwandsquote von 1,8 % unterstreiche belegten, dass die Verwaltung wirtschaftlich geführt werde. Er bedankt sich bei allen Mitarbeitenden der Kreisverwaltung für ihr Engagement bei der Erbringung der unterschiedlichen Dienstleistungen für die Menschen im Kreis. Eine Vielzahl von Krisen, wie die Corona-Pandemie mit Folgen im Bereich der Hilfen für Kinder und Jugendliche, der Zustrom von geflüchteten Menschen, die menschenwürdig und sicher unterzubringen waren, und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine mit weiteren Kriegsflüchtlingen und Auswirkungen auf die Inflationsrate und unterbrochene Lieferketten, seien von den Mitarbeitenden zu bewältigen gewesen. Dies würdigt er als hervorragende Arbeit. Er dankt auch Landrat Schuster und den Dezernenten Esch, Aurand, Biermann und Dr. Danne, die den Kreis nach vorne brächten. Mit der Kreis- und Schulumlage erdrossle man die Städte und Gemeinden nicht, da man die Kash-Werte bei der Beurteilung ihrer Leistungsfähigkeit anwende. Der Kreishaushalt werde durch eine Entnahme aus der Rücklage genehmigungsfähig. Mit zahlreichen Anträgen der CDU-Fraktion werde mehr Geld für Aufgaben gefordert, für die der Kreis nicht zuständig sei, die bereits erledigt oder auskömmlich finanziert seien. Gleichzeitig solle die Einnahmeseite heruntergefahren werden, so dass neue, teure Kassenkredite aufzunehmen wären. Der Kreisausschuss habe demgegenüber die Durchschnittsverzinsung in den letzten Jahren auf 1,8 % gesenkt, um kommende Generationen zu entlasten.

Abgeordneter Mulch (AfD) dankt der Verwaltung, die mit viel Engagement und Herzblut den Haushalt erarbeitet hätten. Der Haushalt werde von seiner Fraktion aus politischen und ideologischen Gründen abgelehnt, auf die die Ersteller keinen Einfluss hätten. Der Haushalt sei grausam.

Vorsitzender Volkmann (CDU) fordert den Abgeordneten Mulch (AfD) an dieser Stelle auf, sich in seiner Wortwahl zu mäßigen. Er erteilt dem Abgeordneten Grüger (SPD) für fortwährend laute Zwischenrufe und das Unterbrechen des Redners einen Ordnungsruf.

Abgeordneter Mulch (AfD) fährt fort, dass der Haushaltsausgleich verfehlt sei. Die ungebundene Liquidität bewahre erneut vor den Folgen eines nicht ausgeglichenen Haushaltes. Die Kommunen würden in die Misere mit hineingezogen und verfehlten ihrerseits den Haushaltsausgleich. Mit einem Doppelhaushalt würden die Rechte des Kreistages eingeschränkt. Der Blick in die Kugel werde schwerer, wenn man für 2 Jahre planen müsse, statt für 1 Jahr. Der Haushalt umfasse mehr als 800 Seiten, deren Beurteilung für viele Ehrenamtler eine ambitionierte Aufgabe darstelle. Der Kreis wolle zukünftig mehr Geld ausgeben (1 Mrd. €). Er macht diese Zahl mit Geldscheinen bildhaft. 400 Mio. € gebe man allein im Sozialressort aus, zumeist für die Menschenwürde. Wegen beschränkter Ressourcen sei man als Deutsche nicht dazu in der Lage, dafür zu sorgen, dass jeder Mensch auf diesem Planeten in Würde leben könne. Man müsse daher wägen. Er unterstellt, dass die Verwaltung beim Abwägen die Unterbringung von Migranten als Priorität vor die Erfüllung von Pflichtaufgaben stelle. Stattdessen solle die deutsche Bevölkerung an erster Stelle gesetzt werden. Das Geld ginge an Menschen, die vielfach nur kämen, weil es hier etwas zu holen gebe. Darüber hinaus würden nur Inhaber von Sicherheitsdiensten, Dolmetscher oder Vermieter von Wohncontainern von den Mehrausgaben profitieren. Der Personalapparat werde für diese Zwecke weiter ausgeweitet. Stattdessen sollten zunächst offene Stellen besetzt werden. Zur Schulumlage sagt er, dass jede Investition in den Bau und Erhalt von Schulen unterstützt und die Anpassung mitgetragen werde. Die Erhöhung der Kreisumlage werde nicht mitgetragen, da eine verantwortungslose Ausgabenpolitik auf Kosten der Kommunen betrieben werde. Die Kommunen sähen sich dadurch außerstande, die eigenen Aufgaben zu erfüllen und müssten auf freiwillige Leistungen verzichten. Anträge seiner Fraktion würden abgelehnt, selbst wenn sie sinnvoll seien. Dies kritisiert er.

Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Petersen (CDU) übernimmt an dieser Stelle die Sitzungsleitung.

Abgeordnete Klement (Bgo/Die Grünen) lobt die Finanzabteilung und bedankt sich ausdrücklich. Zum Vorredner sagt sie, dass die Unterbringung von Geflüchteten zu den Pflichtaufgaben gehöre. Man stelle sich dieser Aufgabe. Die freiwilligen Leistungen seien seit Jahren auf 2 Mio. € gedeckelt und machten nur einen marginalen Anteil von 0,04 % der Ausgaben aus. Die Kommunen seien am Limit und bräuchten Geld zum atmen. Mit dem Verlust von 41 Mio. € gehe der Kreis aber bereits an die Schmerzgrenze. Auf eine weitere Erhöhung der Kreisumlage verzichte er, um die Kommunen nicht noch stärker zu belasten. Zu den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion sagt sie, dass diese nicht neu und bereits diskutiert worden seien. Die Anträge der AfD-Fraktion seien bewusst erst am Vortag und somit nach der Diskussion in den Fachausschüssen eingegangen. Aktuell liege der Verlust wegen der andauernden Krisen bei 41 Mio. €. Die Corona-Krise wirke nach, der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine habe eine Energie-, Wirtschafts- und Flüchtlingskrise sowie eine Inflation ausgelöst. Inflationsbedingt hohe Tarifabschlüsse belasteten den Haushalt in erheblichem Umfang. Die Folgen der Klimakrise werde man zeitversetzt erfahren. Das Bundesverfassungsgericht mahne an, dass auf allen Ebenen mehr getan werden müsse, also auch auf Kreisebene. Beim Lahn-Dill-Kreis stehe die Stabstelle Klimaschutz als Anlaufstelle und Dienstleister für Kreisabteilungen, Kommunen, Unternehmen und Bürgerschaft zur Verfügung. 2017 sei mit den Innungen für Sanitär und Heizungstechnik eine Kooperationsvereinbarung getroffen worden, mit dem Ziel, die Wärmewende im Kreis aktiv zu gestalten. Seitdem gebe es einen regelmäßigen Austausch auf Fachebene. Der Breitbandausbau erhalte über den Haushalt ebenfalls einen Schub. Der Ganztagsausbau an Schulen sei im vollen Gange, was Kosten verursache. Hierfür werde Personal benötigt und die Schulbauten müssten erweitert werden. Die demografische Entwicklung werde an Schärfe gewinnen, da in den nächsten Jahren die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gingen. Fachkräftemangel, steigender Ärzte- und Pflegebedarf seien die Folgen. Die geflüchteten Menschen müssten schneller integriert und bei fehlendem Bleiberecht abgeschoben werden. Es gelte Arbeitsgelegenheit und –anreize zu schaffen, sowie Sprachkurse auszubauen. Zum Stellenplan sagt sie, dass die Erweiterungen stets mit Aufgabenzuwachs einhergegangen seien. Strukturen müssten jedoch deutlich vereinfacht und entbürokratisiert werden. Dabei müssten auch

Doppelstrukturen mit der Stadt Wetzlar auf den Prüfstand (Nahverkehr, Abfallwirtschaft, VHS, Jugendamt). Zum Abschluss stellt sie fest, dass die Kreisampel funktioniere.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) sieht den Haushaltsplan als wichtiges Steuerinstrument der Finanzen an. Die Gesellschaft stehe vor Herausforderungen im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit. Die Kluft zwischen Arm und Reich sei groß. Die wohlhabendsten 10 % der Gesellschaft würden beispielsweise über 60 % des Vermögens besitzen. Dies habe nichts mit Leistungs- oder sozialer Gerechtigkeit zu tun. Man sehe steigende Mieten, prekäre Arbeitsverhältnisse, Altersarmut und von Armut bedrohte Kinder. Auch die Tafeln verzeichneten eine Zunahme Bedürftiger. Löhne würden stagnieren. Gleichzeitig gebe es so viel Vermögen wie noch nie. Diesem Trend müsse entgegengewirkt werden, auch wenn die Möglichkeiten auf Kreisebene wegen jahrelanger Unterfinanzierung von Bund und Land gering seien. Die Infrastruktur dürfe nicht zusammengestrichen werden. Er nennt Krankenhäuser und ihre Stationen, ÖPNV, Vereinskulturförderung, Förderung des Ehrenamtes, Straßenbau, Ausbau der digitalen Infrastruktur, Integration und mehr. Er kritisiert, dass ein warmes Mittagessen für Kinder an Schule immer noch Utopie sei. Der Haushalt sei für Ehrenamtler schwer nachvollziehbar und nicht transparent. Die Positionen seien so zusammengefasst, dass ein Rückschluss auf die eigentliche Zuwendung nicht möglich sei. Seine Fraktion fordere eine Umverteilung der Ressourcen zugunsten derer, die sie am dringendsten benötigten. Weiter setze sie sich für eine angemessene Finanzierung sozialer Einrichtungen, wie Schulen, Kindergärten, Pflegeheime und Beratungsstellen ein. Gleiches gelte für die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum z. B. durch eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft. Für die Zukunft fordere man nachhaltige Lösungen zur Sicherung der Lebensqualität nächster Generationen. Er nennt Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, den Ausbau erneuerbarer Energien und die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Er bemerkt, dass sich die Ablehnung des Haushaltes nicht gegen den Landrat oder den Kreisausschuss richte, sondern als Ablehnung der diktierten Rahmenbedingungen zu verstehen sei.

Abgeordneter Ludwig (FWG) sieht es wegen der Vorlaufzeit für Investitionen als sinnvoll an, einen Doppelhaushalt zu beschließen. Wenn man früher an den Markt gehe und längere Planungszeiten habe, zahle sich dies aus. Er dankt der Verwaltung für die erfolgreiche Umstellung des EDV-Systems, auch wenn die Aussagekraft gelitten habe. Die Kreisumlage vergleiche er mit dem Prinzip der kommunizierenden Röhren. Eine Planung ohne Ausschläge biete da Verlässlichkeit. Seine Fraktion setze sich aber dafür ein, dass die Obergrenze von 53 % nicht überschritten werde. Er lobt das positive Eigenkapital (140 Mio. € Ende 2022) sowie das erhebliche Anlagevermögen (800 Mio. €), das man im Blick behalten müsse. Der Fehlbetrag entstehe in einem wirtschaftlichen Umfeld mit hohem Risiko. Auch die zusätzliche Umlage des Landeswohlfahrtsverbandes sei zu begleichen. Er lobt den extrem niedrigen Durchschnittszinssatz angesichts eines Sanierungsbedarfes der Schulen von 250 Mio. €. Es seien bereits einige Organisationsuntersuchungen durchgeführt worden. Sie hätten in der Regel keine großen Einsparungen gebracht, sondern Mehrbedarfe ermittelt. Er verweist auf die anstehende vergleichende Prüfung, die man zunächst abwarten solle und dankt dem Land für die Mittel zur Entschuldung der Kommunen, die vieles erst ermöglichen hätten. Er spricht die Krankenhäuser an, die in kommunaler Hand bleiben sollten. Im Verhältnis zu anderen Krankenhäusern stünden die des Kreises sehr gut dar. Er bringt außerdem das Jobcenter in Erinnerung und dankt den Mitarbeitenden. Dass dort alles reibungslos funktioniere sei nicht selbstverständlich. Auch die Abfallwirtschaft laufe im Konsens, wofür er sich bedankt. In der Volkshochschule fehle Geld und Personal für Deutschkurse. Die Finanzierung sei fragil. Ähnliches gelte für die Musikschule. Kinder sollten jedenfalls die Chance haben, ein Musikinstrument zu erlernen. Es sei noch darüber zu reden, wie die Musikschullandschaft im Kreis aussehen solle. Der Kreis engagiere sich außerdem im Bereich Soziales. Er nennt die sozialraumorientierte Sozialarbeit, das Jugendforum, die Suchtprävention, die seelisch psychische Unterstützung und den Integrationsbeirat. Beim Thema Klima spricht er sich für den Ansatz aus, den Eigenverbrauch an Strom durch Photovoltaikanlagen erzeugen zu lassen. Mit Augenmaß sei die Sanierung der Gebäudesubstanz in Angriff genommen worden und man befinde sich auf einem guten Weg.

Hinsichtlich der geflüchteten Menschen könne man als Kreis nicht viel entscheiden. Er bedankt sich für die gute Bewältigung der Herausforderungen. Für die Zukunft müsse das Risiko- sowie Katastrophenmanagement in Angriff genommen werden. Gleiches gelte für die Finanzen. Personalpolitik müsse langfristig angelegt sein und man müsse als Arbeitgeber attraktiv bleiben. Stellenbesetzungssperren seien da nicht hilfreich. Aufgabe für die Zukunft sei es, die Qualität der Leistungen des Kreises zu sichern.

Vorsitzender Volkmann (CDU) übernimmt an dieser Stelle wieder die Sitzungsleitung.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) sieht eine Situation permanenter Krisen. Dies führe zu nicht beeinflussbaren, enorm steigenden Kosten. Allein im Bereich der sozialen Leistungen, die weitgehend von der Bundesgesetzgebung vorgegeben seien, enthalte der Haushalt Ausgaben von 272 Mio. €. Hier stoße man an Grenzen. Gleiches gelte für die Aufnahme von Geflüchteten. Seine Fraktion stehe uneingeschränkt zum Asylrecht und internationalen Verträgen. Um Belastungen zu reduzieren müsse die Rückführung von Menschen, die keine Bleibeperspektive hätten, unterstützt werden und Barzahlung müsse durch eine Bezahlkarte ersetzt werden. Eine Inzellösung im Kreis, wie von der CDU-Fraktion beantragt, laufe jedoch ins Leere. Die Ausgaben würden insgesamt auf 520 Mio. € / 535 Mio. € (2024/2025) steigen. Rechne man die beschriebenen Bereiche heraus, bleibe kaum noch mehr als die Inflation. Man haushalte sparsam mit extrem niedriger Personalaufwandsquote (16 %). Die Anträge zum Personal gingen an der Realität vorbei. Unverständlich sei, dass die Opposition die Wirtschaftsförderung beschneiden wolle. Die Investitionen in die Breitbandinfrastruktur müssten begleitet werden. Die Wirtschaft benötige außerdem einen Booster, denn in der heimischen Industrie verzeichne man als stark industrialisierter Landkreis im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang von 12,8 %. Er dankt dem Ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Danne, für ein Engagement in der Wirtschaftsförderung durch den Fachkräftegipfel, das Transformationsforum, das Welcome-Center und die Sicherung von Ausbildungsberufen. Die stärksten Kostensteigerungen verzeichne man bei den Schulträgeraufgaben. Bildung habe für diese Koalition Priorität. Es gehe um neue, moderne Schulgebäude, digitale Ausstattung und einen gut aufgestellten Medienservice. Bei allem habe man es geschafft, die gesamte Umlagenquote bei 53 % zu halten. Dazu nutze man die Überschüsse vergangener Jahre und plane mit einer Unterdeckung von 40 Mio. €. Durch stabile Umlagesätze schaffe man gleichzeitig Planbarkeit für die Kommunen. Unverständlich sei, dass mit den Anträgen der CDU-Fraktion Mehrausgaben von 1 Mio. € und gleichzeitig eine Senkung der Kreisumlage gefordert werde. Eine Abschaffung der Jagdsteuer, die zuletzt bereits halbiert worden sei, komme in der defizitären Situation nicht in Betracht. Eine ernsthafte Beratung der Anträge von AfD und DIE LINKE könne nicht erfolgen, da sie zu kurzfristig eingereicht worden seien. Die innere Verwaltung mach 7 % der Kosten aus, was ein Beleg für die Effizienz der Arbeit des Verwaltungsvorstandes sei. Eine Organisationsuntersuchung halte er angesichts dessen nicht für notwendig. Die Investitionsquote liege doppelt so hoch, wie die Abschreibungen. Damit schaffe man Werte für nachfolgende Generationen. Er dankt dem scheidenden Kämmerer Landrat Schuster, dem Verwaltungsvorstand und der Finanzabteilung.

Landrat Schuster widerspricht dem Einwand des Abgeordneten Mulch (AfD), ein Doppelhaushalt sei zu wenig Demokratie. Man berate gerade über den Haushalt 2025 und werde im nächsten Jahr über einen Nachtrag zu 2025 beraten. Dies sei doppelt so viel Beratung wie bei der Verabschiedung als Einzelhaushalt. Nach der Rede des Abgeordneten Mulch (AfD) könne beim unbeteiligten Bürger außerdem der Eindruck entstehen, der Hauptamtliche Kreisbeigeordnete Aurand (SPD) entscheide nach Belieben, was im Sozialbereich ausgegeben werde. Richtig sei jedoch, dass dieser Gesetze ausführe. Er verweist im Übrigen darauf, dass die Haushaltslage bei anderen hessischen Landkreisen ähnlich schwierig sei. Die Krisen würden zeitverzögert einschlagen, da Umlagen die elementaren und prägenden Einnahmen der Kreise seien. Zur Personalaufwandsquote (18,14 in 2020, 15,77 in 2024) sagt er, dass diese bei den Städten und Gemeinden im Schnitt um 10 % höher liege. Er gibt aber zu bedenken, dass ohne den Kreis die Aufgaben von den Städten und Gemeinden ausgeführt

werden müssten. Insbesondere kleine Gemeinden könnten diese nicht ausführen, was wiederum zur Gründung von Zweckverbänden führen würde. Es führe zu nichts, sich gegenseitig die Stellenpläne vorzuführen. 80 Stellen seien unbesetzt, befänden sich aber in oder vor dem Stellenbesetzungsverfahren. An die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gerichtet führt er aus, dass die Finanzierung der Aufgabe, zusammen mit dem LWV Menschen mit Behinderung (3.600 Menschen im LDK) zu betreuen und zu fördern beim Kreis liege. Man gebe mehr als die Hälfte der Kreisumlage aus, um diese Aufgabe zu finanzieren. Man habe zudem eine sehr hohe Investitionsquote und stehe etwa vor dem Vollausbau des Breitbandes. Man kalkuliere weitere 30.000 Adressen, die man als Landkreis mit den Städten und Gemeinden erschließen wolle. Ziel sei die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Bis 2025 sei jeder Gewerbetreibende mit einem Glasfaserdirektanschluss ausgestattet. Der Haushalt werde in Bildung, Infrastruktur, Kreisstraßen, und Vorbereitung von Nahverkehrsplänen massive Akzente für die Zukunft setzen. Man sei gut aufgestellt, da man in vergangenen Jahren Haushaltsüberschüsse nicht verbraucht habe und man bleibe handlungsfähig, ohne über die 53 % bei der Kreisumlage zu gehen. Die Städte und Gemeinden würden auf diese Weise nicht erdrosselt.

Da die Änderungsanträge zum Teil bereits in den Haushaltsreden abgehandelt worden seien, bittet **Vorsitzender Volkmann (CDU)** die Redebeiträge hierzu nach dem Notwendigkeitsprinzip zu halten.

Änderungsantrag Nr. 2 Bezahlkarte für Geflüchtete (CDU)

Abgeordnete Sommer (CDU) stellt fest, dass die Bezahlkarte für Hessen wahrscheinlich im Sommer komme. Damit käme eine neue Aufgabe auf den Kreis zu. Für die Einführung und Nutzung würden Kosten in unbekannter Höhe entstehen. Man solle daher vorausschauend Geld im Doppelhaushalt einplanen.

Abgeordnete Ohnacker (Die Linke) führt aus, dass die Karte Geld kosten und Bürokratieaufwand erzeugen werde. Außerdem werde Personal benötigt in einer ohnehin überlasteten Ausländerbehörde. Sie halte es für sinnvoller, Ressourcen in Bemühungen zu stecken, Menschen zu integrieren und schneller in Arbeit zu bringen, z. B. durch Ausweiten von Sprachkursen.

Landrat Schuster plädiert für eine hessenweite Einführung anstelle einer Kreiskarte. Die ersten Erfahrungen würden zeigen, dass Geflüchtete aus sicheren Herkunftsstaaten nach Hause gehen, weil sie kein Bargeld erhalten. Es handele sich allerdings nicht um eine elementare Masse. Man habe sich auf die Einführung verständigt und er sei dafür, sehe jedoch keine Notwendigkeit, im Vorgriff Gelder einzustellen.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag Nr. 11 Projekt gegen Einsamkeit (CDU)

Abgeordnete L. Schäfer (CDU) führt aus, dass sich durch den gesellschaftlichen Wandel Familien- und Vereinsstrukturen verkleinern und dass Begegnungsorte, wie z.B. Kneipen, verschwinden würden. Dies führe bei den Betroffenen zu Leere und werde gesellschaftlich zu einem ernstem sozialen sowie gesundheitsgefährdenden Problem. Mit staatlicher Unterstützung und Konzepten vor Ort unter Einbeziehung des Ehrenamtes solle dem entgegengewirkt werden.

Abgeordnete Ohnacker (Die Linke) bestätigt, dass Einsamkeit ein großes Thema der heutigen Gesellschaft sei. Der Demografische Wandel und veränderte familiäre Strukturen förderten dies in allen Generationen. Auch wenn die Gemeinden näher an den Menschen seien, sehe sie eine Zuständigkeit des Kreises, um eine überblickende und gemeinsame Strategie mit verschiedenen Werkzeugen und Vernetzung zu entwickeln. Sie nennt als Beispiel das Projekt „Zukunftswerkstatt“.

Abgeordnete Kunz (SPD) stellt fest, dass man das Problem sehe und ernst nehme. Sie spricht sich dagegen aus, die Gemeinden mit den Kosten einer Aufgabe zu belasten, die vor Ort besser gelöst werden könne. Zum geforderten kommunalen Aktionsplan gegen Einsamkeit sagt sie, dass in jeder Stadt oder Gemeinde andere Lösungen gebraucht würden. Eine Kampagne zur Prävention und zu Hilfen bei Einsamkeit seien bereits auf Landesebene angedacht. Zahlreiche Angebote seien bereits vorhanden, auch auf Kreisebene.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag Nr. 3 Unterstützung freiberuflicher Hebammen (CDU)

Abgeordnete Bender (CDU) führt aus, dass es um die Verbesserung der Versorgungssituation gehe. Etwa 50 - 60 Hebammen seien freiberuflich im Kreis tätig. Zusätzlich zur Anpassung der abrechenbaren Gebühren wünschten sich diese anderen Anreize, um ihre Arbeit zu erleichtern. Sie nennt Parkausweise, Notfallbetreuung für Mütter, die direkt nach der Entbindung aus der Klinik kämen oder eine Starthilfe für Hebammen, die sich neu etablierten. Mit einfachen Mitteln könne man so einen großen Nutzen erzielen.

Abgeordnete Ohnacker (Die Linke) trägt vor, dass durch Reduzierung und Zentralisierung der stationären Versorgung die ambulante Versorgung an Gewicht gewinne. Als Kreis solle man keine Möglichkeit auslassen, die Gesundheitsversorgung vor Ort wohnortnah zu sichern. Besonders im Bereich der geburtlichen Vor- und Nachsorge, müssten neue Lösungen gefunden werden, wobei die Unterstützung der freiberuflichen Hebammen, etwa durch eine finanzielle Starthilfe, ein erster Schritt sein könne.

Abgeordneter Dr. Sattler (B90/Die Grünen) berichtet von einem Konsens im Sozialausschuss, dass im Lahn-Dill-Kreis derzeit kein Mangel an Hebammenversorgung bestehe und die Versorgung qualitativ und quantitativ gut sei. Bei aller Wertschätzung der wichtigen Arbeit der Hebammen sehe man keinen akuten Handlungsbedarf, der eine Erhöhung der freiwilligen Leistungen und einen Eingriff in die gesetzlich geregelte Vergütung rechtfertige. Er spricht sich dagegen aus, eine Berufsgruppe isoliert zu bevorzugen.

Die Frage der **Abgeordneten Ohnacker (Die Linke)**, ob man in dieser Frage nicht vorausschauend denken müsse, bestätigt **Abgeordneter Dr. Sattler (B90/Die Grünen)**. Es verweist auf die vorhandene und bereits ausgearbeitete Strategie, deren Vorstellung im Sozialausschuss angekündigt worden sei.

Landrat Schuster führt aus, dass man sich im Lahn-Dill-Kreis frühzeitig um eine nachhaltige Gesundheitsversorgung gekümmert habe. Er nennt das Landarztnetz mit 4 Arztpraxen und das Leuchtturmprojekt zur Bekämpfung eines Hausarztmangels in Breitscheid sowie Ehringshausen und Dietzhöhlztal. Man habe zudem ein kommunales Krankenhaus, das angesichts vorhandener Liquiditätsreserven auch durch schwierige Zeiten kommen könne. Der Aufgabe in der Geburtshilfe komme man mit der Geburtsstation Wetzlar voll nach. Derzeit gebe es Überlegungen, in Dillenburg ein MVZ Hausärzte zu gründen. Momentan sei es schwieriger, Gynäkologen zu gewinnen, als Hebammen. Man sei insgesamt so aufgestellt, dass man die Aufgaben auch zukünftig voll erfüllen könne.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag Nr. 4 Sportförderung (CDU)

Abgeordneter Hundertmark (CDU) stellt fest, dass Demokratie von Ehrenamt lebe. Demokratische Strukturen und Regeln einzuhalten, Entscheidungen des Schiedsrichters zu akzeptieren, sich in Wettbewerbssituationen zu begeben und sich zu Höchstleistungen anzutreiben seien Elemente des Sports und für die Gesellschaft existentiell. Die Sportförderung solle daher erhöht werden.

Abgeordneter Ludwig (FWG) ist der Ansicht, dass der Antrag in der Sache nicht weiterhelfe und daher abgelehnt werden solle.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag Nr. 5 Kreisumlage (CDU) und Tischvorlage (AfD)

Abgeordneter D. Steinraths (CDU) trägt vor, dass der Hebesatz für die Kreisumlage der Stadt Wetzlar 2024/25 bei je 30,97% belassen werden solle und für die übrigen Städte und Gemeinden bei je 33,5 %. Dies solle durch die Auflösung von Rücklagen finanziert werden. Da der Jahresabschluss 2023 überschüssig sei, gehe er davon aus, dass dies auch möglich sei. Er verweist auf die Stellungnahme der Städte und Gemeinden, die befürchteten, dass durch die Neufestsetzung der Kreis- und Schulumlagen in deren Ergebnishaushalt ein Fehlbetrag entstehen werde. Einsparpotential im Personalbereich sowie bei den Sach- und Dienstleistungen sowie durch Sparmaßnahmen werde vermutet.

Abgeordneter Mulch (AfD) ist der Ansicht, dass man den Kommunen in finanzieller Hinsicht die Luft abdrücke. Im Übrigen verweist er auf Ausführungen in seiner Haushaltsrede.

Landrat Schuster stellt fest, dass es dem Kreis nicht bessergehe, als den Städten und Gemeinden. Man habe insoweit keine Hand an den Kehlen der Städte und Gemeinden. Wenn man dem Antrag zustimme sei zu befürchten, dass der Haushalt nicht genehmigungsfähig sei. Die Investitionen, die dann nicht freigesetzt würden, fänden allesamt in den Städten und Gemeinden statt. Er nennt Kreisstraßen, Schulen, Betreuung, Digitalisierung und Breitband. Man könne Entnahmen aus den Rücklagen vornehmen, werde dann aber am Jahresende auf Kassenkredite zurückgreifen müssen.

Abgeordneter Berns (FDP) widerspricht der Antragbegründung, wonach der Lahn-Dill-Kreis in den vergangenen Jahren durch übermäßig hohe Kreisumlagen die Haushalte der Städte und Gemeinden erheblich belastet hätte. 2016 habe der Hebesatz 38,88 % betragen (2017: 38,74 %, 2018: 35,73 %, 2019: 37,30 %, 2020: 36,9 %, 2021: 33,72 %, 2022: 37,22 %, 2023: 32,96 %, 2024: 34,86 %). Der Gesamthebesatz liege bei 53 %. Man werde alles tun, diesen Satz nicht zu übersteigen. Man dürfe nicht nur auf die Personalkosten schauen. Sach- und Dienstleistungen spielten ebenso eine große Rolle, genauso wie Investitionen in Schülerbeförderung und die Vorbereitung auf die Ganztagschule in 2026.

Auf die Frage des **Abgeordneten Mulch (AfD)** ob bekannt sei, dass Kosten für Überwachung und Sicherheitsdienste sich in den Positionen der Sach- und Dienstleistungen verstecken würden, antwortet **Abgeordneter Berns (FDP)**, dass ihm die Zahlen bekannt seien.

Abstimmungsergebnis (Antrag der AfD-Fraktion)

Mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis (Antrag der CDU-Fraktion)

Mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag Nr. 6 Organisationsuntersuchung (CDU)

Abgeordneter Inderthal (SPD) bemerkt, dass den Mitarbeitenden und Dezernentinnen und Dezernenten für die Krisenbewältigung und Weiterentwicklung der Kreisverwaltung höchste Anerkennung gebühre. Sie hätten es nicht verdient, dass ihnen mit dem Antrag Verschwendung vorgeworfen werde. Sie würden ihre Prozesse und Arbeitsabläufe kontinuierlich hinterfragen und verbessern. Der Hessische Rechnungshof sei in seiner 218. Vergleichenden Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass es in der Verwaltung des Kreises kein Einsparpotential gebe.

Abgeordneter S. Panthen (CDU) ist der Ansicht, dass es immer Verbesserungsmöglichkeiten und Dinge gebe, die angestoßen werden könnten. Wenn alle Unternehmen davon ausgingen, dass es nichts zu verbessern gebe, gäbe es diese Unternehmen bald nicht mehr. Man müsse die Thematik Zukunft gewandt anschauen. In keiner Weise seien mit dem Antrag Mitarbeitende gemeint, sondern die Prozesse und Zusammenhänge, die zu einer Verschwendung führten.

Vorsitzender Volkmann (CDU) bittet den Kreistag und den Kreisausschuss insgesamt zur Ruhe zu kommen.

Abgeordneter S. Panthen (CDU) fährt fort mit der Bitte das „geht nicht, weil“ durch ein „geht, wenn“ zu ersetzen.

Abstimmungsergebnis
Mehrheitlich abgelehnt

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt einen Antrag auf Ende der Debatte zu TOP 7. Hiergegen erhebt sich auf Nachfrage keine Gegenrede. **Vorsitzender Volkmann (CDU)** lässt daher über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis
Mehrheitlich zugestimmt

Abgeordneter Mulch (AfD) wendet ein, dass die Abstimmung zu schnell erfolgt sei. Er wolle eine Gegenrede halten. **Vorsitzender Volkmann (CDU)** lässt dies zu.

Abgeordneter Mulch (AfD) ist der Ansicht, dass die noch nicht aufgerufenen Anträge eine Debatte verdient hätten. Er spricht sich dafür aus, sich diese Zeit zu nehmen und beantragt, den Antrag auf Ende der Debatte abzulehnen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt erneut über den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte abstimmen.

Abstimmungsergebnis
Mehrheitlich zugestimmt

Vorsitzender Volkmann (CDU) schließt die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und geht in die Abstimmung über die weiteren Einzelanträge zum Haushalt über.

Aufgrund von Ausrufen im Kreistag stellt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** in Aussicht, auf Antrag eine kurze Rede und Gegenrede zu Einzelanträgen zuzulassen.

Änderungsantrag Nr. 12 Wirtschaftsförderung (CDU)

Abstimmungsergebnis
Mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag Nr. 13 Verzicht auf Untersuchungsgebühr und Jagdsteuer (CDU)

Abstimmungsergebnis
Mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag Nr. 15 Zuschuss Musikschule Lahn-Dill-e. V. (Kreisausschuss)

Abstimmungsergebnis
Einstimmig zugestimmt

Änderungsantrag Nr. 15 Zuschuss an Lahn-Dill-Akademie (Kreisausschuss)

Abstimmungsergebnis
Einstimmig zugestimmt

Änderungsantrag (Tischvorlage) Kostenreduzierung bei Sicherheitsdiensten für Flüchtlingsunterkünfte (AfD)

Abgeordneter Mulch (AfD) beantragt, eine Begründung des Antrages zuzulassen. Da sich keine Gegenrede erhebt, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis
Mehrheitlich abgelehnt

Abgeordneter Mulch (AfD) beantragt eine Sitzungsunterbrechung. Dem entspricht **Vorsitzender Volkmann (CDU)** und unterbricht die Sitzung für 5 Minuten. Während der Sitzungsunterbrechung bittet **Vorsitzender Volkmann (CDU)** die Mitglieder des Ältestenrates zu einer nicht öffentlichen Beratung zusammenzukommen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) setzt die Sitzung fort. Er erinnert an seinen Amtsantritt, bei welchem er eine Fehlerkultur versprochen habe, in der man Fehler korrigiere, wenn ein Teil des Hauses anderer Auffassung sei. Im Ältestenrat sei man einvernehmlich zu dem Ergebnis gekommen, dass man bei jedem der noch offenen Haushaltsanträge Rede und Gegenrede zulasse. Diese sollten nach Möglichkeit eine Zeit von 2 Minuten nicht überschreiten. Hierdurch werde sowohl dem Interesse, zügig nach Hause zu kommen, als auch dem Interesse, sich zu den Anträgen zu äußern, genüge getan.

Abgeordnete Niggemann (AfD) trägt vor, dass ihre Fraktion ein Einsparpotential in Millionenhöhe sehe. Es sei für sie keine gesetzliche Grundlage oder nachvollziehbare Notwendigkeit für die immensen Ausgaben für die Sicherheitsdienste ersichtlich. Obwohl einerseits betont werde, dass alles gut laufe, würde in den einzelnen Unterkünften eine 2-stellige Zahl von Sicherheitsleuten rund um die Uhr beschäftigt.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) führt aus, dass es an Orten, wo viele Menschen zusammen seien, Konflikte geben könne. Auch kriminelle Zwischenfälle seien nicht auszuschließen. Deswegen sei der

Einsatz von Sicherheitsdiensten nötig. Dass es sich dabei um ein migrantisches Problem handele, weist er zurück. Es liege schlicht daran, dass viele Menschen zusammenkämen.

Abstimmungsergebnis
Mehrheitlich abgelehnt

Aufgrund eines Hinweises aus dem Kreisausschuss lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** formal über das Verfahren zur Handhabung der Beratung der Einzelanträge zum Haushalt, in Abänderung des zuvor beschlossenen Geschäftsordnungsantrages, abstimmen (§ 35 Abs. 2 Geschäftsordnung des Kreistages):

Abstimmungsergebnis
Mehrheitlich zugestimmt

Änderungsantrag (Tischvorlage) Zuschüsse für Tierschutzvereine (Die Linke)

Abgeordneter Zborschil (Die Linke) führt aus, dass die neue Gebührenordnung für Leistungen von Tierärzten den Finanzbedarf von Tierschutzvereinen immens erhöht habe. Hinzu kämen notwendige Investitionen in die Ausstattung und Gebäude. Nur mit Hilfe zusätzlicher Spenden sei die Versorgung der Tiere noch möglich. Die Rücklagen seien durch die Pandemie und die Inflation weitgehend aufgebraucht.

Abstimmungsergebnis
Mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag (Tischvorlage) Schulfahrten zu Gedenkstätten (Die Linke)

Abgeordneter Zborschil (Die Linke) trägt vor, dass Gedenkstätten auch lebendige Bildungsstätten seien. Sie böten die Möglichkeit, das Verständnis für die Geschichte zu vertiefen und die Tragödie des Holocaust aus erster Hand zu erleben. Man erweise den Opfern auf diese Weise Respekt und vermittele Werte wie Toleranz, Menschlichkeit und Mitgefühl. Schülerinnen und Schüler aus Familien mit begrenzten finanziellen Möglichkeiten sollten daher einen Zuschuss für den Besuch erhalten.

Abgeordnete Kunz (SPD) hält das Thema für wichtig. Es gebe jedoch zahlreiche Förderprogramme verschiedener Stellen, unter anderem auch das Bildungs- und Teilhabepaket. Auf diese Angebote solle man hinweisen und dafür werben, damit sie nicht schambehaftet seien und die Unterstützung in Anspruch genommen werde. Auch der Verein „Wetzlar erinnert“ biete entsprechende Fahrten an. Wichtig sei, dass dies von der Schule gewollt und in Kontext gesetzt werde.

Abstimmungsergebnis
Mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag Nr. 15 Fahrzeugbeschaffung überörtlicher Brandschutz (Kreisausschuss)

Abstimmungsergebnis
Einstimmig zugestimmt

Änderungsantrag Nr. 1 Schulinnovationen im Rahmen des Unterrichts (CDU)

Abgeordneter Hundertmark (CDU) stellt fest, dass es in den Schulen unterschiedliche Ideen, Innovationen und Projekte gebe, die finanziell unterstützt werden müssten, weil Gerätschaften und Messinstrumente anzuschaffen seien. Zu diesem Zweck stünden im Haushalt Mittel im Rahmen des Schulbudgets zur Verfügung. Dieses sei jedoch gering bemessen oder für größerer Anschaffungen bereits verplant.

Abgeordneter Böcher (SPD) teilt mit, dass 280.000 € bereits im Haushalt stünden. Diese Gelder seien in der Vergangenheit nicht ausgeschöpft worden. Er sehe daher keinen Bedarf.

Abstimmungsergebnis
Mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag Nr. 9 Hausmeisterausstattung (CDU)

Abgeordneter Hundertmark (CDU) berichtet von Gesprächen mit Schulen, in denen vielfach Gerätschaften erwünscht würden, um Arbeiten besser und effizienter umsetzen zu können. Dies seien beispielsweise Heckenscheren, Fahrzeuge für Winterdienste, Mäharbeiten und das Laubsammeln. Defizite seien besonders an Schulen mit größeren Außenanlagen zu verzeichnen.

Abgeordneter Ludwig (FWG) teilt mit, dass die Mittel nach Rücksprache mit dem Schuldezernenten bislang auskömmlich gewesen seien. Das Erforderliche könne angeschafft werden.

Abstimmungsergebnis
Mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag Nr. 10 Ausstattungsverbesserung Werkräume (CDU)

Abgeordneter Hundertmark (CDU) sieht es als wichtig an, qualifiziertes Personal für offene Stellen beim Kreis zu finden. Dafür brauche es vorbereitete junge Menschen, die dazu in der Lage seien, praktisch zu arbeiten. Die Schulen bräuchten zu diesem Zweck entsprechende Fachräume. Besonders die Ausstattung von Polytechnik- oder Arbeitslehreräumlichkeiten sei kostenintensiv. Dies solle flächendeckend im Kreis ermöglicht werden.

Abgeordneter Brockhoff (B90/Die Grünen) schätzt und unterstützt die Bedeutung von Werkunterricht. Ob dieser in der Grund- und Mittelschule zur Lösung des Fachkräfteproblems beitragen könne, sei jedoch ungewiss. Er verweist darauf, dass man bereits ein Investitionsvolumen für die Schulträgeraufgaben von 240 Mio. € habe. In jeder Sanierung würden diese Bedarfe bereits individuell berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis
Mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag Nr. 14 Machbarkeitsstudie Parkplatzsituation an den Beruflichen Schulen Dillenburg (CDU)

Vorsitzender Volkmann (CDU) weist darauf hin, dass der Antrag zwischenzeitlich geändert worden sei.

Abgeordnete Schumacher (CDU) trägt vor, dass die beruflichen Schulen in Dillenburg aktuell von 2.890 Schülerinnen und Schülern besucht würden. Hinzu kämen 210 Bedienstete. Für diese 3.100 Personen stünden an den Kaufmännischen Schulen 72 Parkplätze für Bedienstete zur Verfügung und 70 Parkplätze für beide Schulen in 1-Km-Entfernung „An der Hohl“. Diese Parkplätze seien immer voll,

so dass die Schülerinnen und Schüler wild in der Güterbahnhofstraße und auf dem Bahngelände parken würden. Sie behinderten dadurch die ansässigen Betriebe. Es fehlten an diesem Standort mehr als 300 Parkplätze. Da gerade an den Gewerblichen Schulen saniert werde, könne das Parkplatzproblem sehr gut mitgedacht werden.

Abgeordnete Klement (Bgo/Die Grünen) kann eine prekäre Parkplatzsituation an den Schulen nicht feststellen. Es gebe einen Parkplatz gegenüber der VHS in weniger als 5 Minuten Entfernung. Möglicherweise sei dies unter den Schülerinnen und Schülern nicht bekannt. Am Vormittag sei dieser Parkplatz während der Kernunterrichtszeit nur zu einem Drittel belegt gewesen. Aktuell bestehe dort kein Bedarf für zusätzliche Parkplätze - zunächst müssten die vorhandenen genutzt werden. Im Übrigen habe sie selbst die Schule besucht und als Schülerin mit dem ÖPNV problemlos erreicht.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag Nr. 15 Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft; Schulcampus Friedrich-Wilhelm-Raiffeisenschule und Fahrzeugbeschaffung Brandschutz (Kreisausschuss)

Da sich auf Nachfrage kein Widerspruch erhebt, lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** die Anträge des Kreisausschusses zum Investitionsprogramm zusammen abstimmen:

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

Änderungsantrag Nr. 7 Haushaltsklarheit (CDU)

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag Nr. 8 Stellenbesetzungssperre und Streichung Stellenplanreserve (CDU) und Tischvorlage Stellenstopp (AfD)

Abgeordneter Braun (CDU) betont, dass es seiner Fraktion an einer funktionierenden Kreisverwaltung gelegen sei. Dafür habe man in den vergangenen Jahren ausreichend Personal zur Verfügung gestellt. Die Personalerhöhung bei den Planstellen liege in den Jahren 2024 und 2025 bei rund 2 Mio. €. Man stelle sich daher vor, dass das Stellenbesetzungsverfahren nur über den HFWO aufgehoben werden könne. Dies bedeute keinen Stopp oder Streichungen, sondern ein „miteinander arbeiten“.

Abgeordneter Wagner (AfD) führt aus, dass für die Politik der Parteien zur linken Seite viel Geld benötigt werde, das nicht erwirtschaftet werden könne. Außerdem benötigten sie viel Personal, das nur schwer zu finden sei. In vielen Bereichen werde es gar nicht benötigt. Daher wolle man einen Stellenstopp. Es gebe 3 Bereiche, in denen der Kreis und andere Kommunen in Schwierigkeiten kommen würden. Dies seien die Migration/Integration, Transformation/Mobilitätswende und soziale Leistungen. Die Probleme seien hausgemacht.

Abgeordneter Inderthal (SPD) bezieht sich auf den beantragten Sperrvermerk und Streichung der Stellenplanreserve und verweist dazu auf den Fachkräftemangel. Alle Kommunen suchten händeringend nach Mitarbeitenden. Stellen müssten mehrfach ausgeschrieben werden, um geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden. Diese Bemühungen würden erschwert und

verzögert, wenn jede Stellenbesetzung zuvor im HFWO behandelt werden solle. In dieser Zeit hätten geeignete Bewerberinnen und Bewerber längst eine andere Stelle angenommen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) definiert den CDU-Antrag als den weitergehenden und lässt ihn zuerst abstimmen:

Abstimmungsergebnis (Antrag der CDU-Fraktion)

Mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis (Antrag der AfD-Fraktion)

Mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag Nr. 15 Haushaltsvermerke (Kreisausschuss)

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden Volkmann (CDU)** wird getrennte Abstimmung nicht gewünscht. Er lässt somit verbunden abstimmen:

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

Änderungsantrag (Tischvorlage) Einjähriger Haushalt (AfD) und Beschlussfassung nur über Haushalt 2024 (Die Linke)

Abgeordneter Mulch (AfD) ist der Ansicht, dass sich in einem 2-Jahres-Zeitraum viele Sachen ändern könnten. Ein Doppelhaushalt führe daher fast immer zu einem oder mehreren Nachtragshaushalten. Da größere Haushaltsdebatten entfielen sehe er ein Demokratiedefizit.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) bittet, den Tippfehler in Satz 2 zu korrigieren. Es müsse „...nach der Sommerpause 2024“ heißen.

Abstimmungsergebnis (Antrag der AfD-Fraktion)

Mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis (Antrag der Fraktion DIE LINKE)

Mehrheitlich abgelehnt

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt

- 1.1 gemäß § 97 Abs. 2 in Verbindung § 101 Abs. 3 HGO und § 52 Abs. 1 HKO den als Anlage (Kap. 6.4.1) dem Haushaltsplan beigefügten Entwurf des Investitionsprogramms des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2023 bis 2027 in der vom Kreisausschuss festgestellten Fassung unter Einschluss der vom Kreistag beschlossenen Änderungen,
- 1.2 gemäß § 97 Abs. 2 HGO in Verbindung mit § 52 Abs. 1 HKO den als Anlage 1 beigefügten Entwurf der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für die Haushaltsjahre 2024/2025 mit beiliegendem Haushaltsplan - in der vom Kreisausschuss festgestellten Fassung unter Einschluss der vom Kreistag beschlossenen Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt

Teil 1.1

52 Ja-Stimmen (17 SPD, 14 CDU, 9 B90/Die Grünen, 6 FWG, 4 FDP, 2 DIE LINKE)

6 Nein-Stimmen (5 AfD, 1 fl)

0 Enthaltungen

Teil 1.2

36 Ja-Stimmen (17 SPD, 9 B90/Die Grünen, 6 FWG, 4 FDP, 2 DIE LINKE)

20 Nein-Stimmen (14 CDU, 5 AfD, 1 fl)

2 Enthaltungen (DIE LINKE)

Zu TOP 7.1

Änderungen zum Haushaltsentwurf 2024/25

VL-40/2024

Zur Beratung und Abstimmung im Einzelnen siehe TOP 7, VL-11/2024.

Beschluss:

1. Den in der Anlage aufgelisteten Änderungen/Ergänzungen zu dem vom Kreisausschuss am 31.01.2024 festgestellten Entwurf der Haushaltssatzung für Haushaltsjahre 2024 und 2025 wird zugestimmt.
2. In Ziffer 5.5.3.1.2 der Haushaltsvermerke (S. 574j, Pauschalen Schulbudget) wird folgender Satz ergänzt:
„Auf das entsprechend errechnete Budget erfolgt ein Aufschlag von 20 %“.
3. Die Zuwendung an das THW für den Bau eines Übungsobjekts für die Bergung von Erdbebenopfer auf dem gemeinsamen Übungsgelände des Lahn-Dill-Kreises und THW in Dillenburg-Fronhausen
i. H. v. **30.000 €** wird mit einem **Sperrvermerk** versehen, welcher vom Bauausschuss aufzuheben ist.
4. Die Maßnahme „Schulcampus Friedrich Wilhelm-Raiffeisen-Schule“ i. H. v. **8,5 Mio. €** wird mit einem **Sperrvermerk** versehen, welcher durch HFWO aufzuheben ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 0 Enthaltungen

Vorsitzender Johannes Volkmann (CDU) schließt die Sitzung des Kreistages um 18:19 Uhr und bedankt sich bei den Abgeordneten für Ihre Teilnahme.

Wetzlar, 04.04.2024

gez.

Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender

Birgit Klein
Schriftführerin

1. Teilergebnishaushalte

Antrag Nr. Antrag-steller Datum	Produkt (-bereich)	(Produkt-) Bezeichnung	ändert Seite	ändert KVKR-Kontengruppe	Bezeichnung Maßnahme	2024			2025			Erläuterungen/ Inhalt	Beschluss-empfehlung HFWO
						Teilansatz neu €	Teilansatz alt (HH-Entwurf KA 31.01.2024) €	Verbesserg./ Verschlechl. (-) €	Teilansatz neu €	Teilansatz alt (HH-Entwurf KA 31.01.2024) €	Verbesserg./ Verschlechl. (-) €		
2 CDU 26.02.2024	050301	Zuwanderung und Integration	376	(13) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete	100.000	0	-100.000				Die Bezahlkarte für Geflüchtete in Hessen soll im Sommer eingeführt werden.	Mehrheitlich abgelehnt
3 CDU 26.02.2024	070305	Verwaltungsaufgaben der Gesundheitspflege	476	(15) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	Unterstützung der freiberuflichen Hebammen im Lahn-Dill-Kreis	30.000	0	-30.000				Verbesserung der Versorgungssituation im Lahn-Dill-Kreis und der Betreuung in der Schwangerschaft und im Wochenbett durch die Unterstützung der Arbeit der Hebammen	Mehrheitlich abgelehnt
4 CDU 23.02.2024	080101	Förderung des Sports	482	(15) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	Erhöhung der Zuschüsse für Sportförderung ab 2025				350.000	340.000	-10.000	Anpassung des Förderbetrags in Zeiten der Inflation in 2025.	Mehrheitlich abgelehnt
5 CDU 23.02.2024	160102	Allgemeine Zuwendungen und Umlagen	566	(5) Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	Änderung des Kreisumlage-Hebesatzes in 2024 und 2025 auf je 30,97% (Stadt Wetzlar) und 33,5% (übrige Städte und Gemeinden)	-139.595.040	-145.335.600	-5.740.560	-154.256.000	-154.256.000	0	Angeht die angespannten Wirtschaftslage ist eine Erhöhung der Kreisumlage für Städte und Gemeinden unvermeidbar. Die Refinanzierung der Differenz zum Entwurf der Haushaltssatzung soll durch die Auflösung von Rücklagen erfolgen	Mehrheitlich abgelehnt
6 CDU 23.02.2024	010105	Personal- und Organisationsmanagement	160	(13) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Organisationsuntersuchung	350.000	100.000	-250.000	350.000	100.000	-250.000	Die Abläufe der Kresverwaltung sind durch einen externen Berater einer Effizienzprüfung zu unterziehen	Mehrheitlich abgelehnt
11 CDU 26.02.2024	070305	Verwaltungsaufgaben der Gesundheitspflege	476	(13) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Pilotprojekt gegen Einsamkeit	75.000	0	-75.000	75.000	0	-75.000	Das Gesundheitsamt wird beauftragt: 1. Einen kommunalen Aktionsplan gegen Einsamkeit zu erarbeiten 2. Eine kreisweite Aufklärungskampagne zur Prävention v. und Hilfe bei Einsamkeit durchzuführen 3. Einen Bericht über Begegnungsräume im LDK zu erarbeiten	Mehrheitlich abgelehnt
12 CDU 26.02.2024	150101	Kreisentwicklung/ Wirtschaftsförderung	550	(11) Personalaufwendungen	Personalkosten im Bereich der Wirtschaftsförderung	100.000	139.865	39.865	100.000	150.205	50.205	Moderate Erhöhung der Personalkosten	Mehrheitlich abgelehnt
		Stellenplan			0,17 VZÄ im Bereich Wirtschaftsförderung ab 01.10.2024 ist entbehrlich	0	0,17 VZÄ	-0,17 VZÄ	0	0,17 VZÄ	-0,17 VZÄ	Keine Ausweitung der Stellenanteile	
13 CDU 26.02.2024	020701	Tiergesundheit u tierische Nebenprodukte	232	(2) Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	Verzicht auf 4 € Untersuchungsgebühr pro Stück Wildschwein zur Trichinenuntersuchung	0	-11.000	-11.000	0	-11.000	-11.000	Unterstützung der Arbeit und finanzielle Entlastung der Jägerachft	Mehrheitlich abgelehnt
	160101	Steuern	564	(5) Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	Verzicht auf die Erhebung der Jagdsteuer ab 2025				0	-104.000	-104.000		

Antrag Nr. Antrag-steller Datum	Produkt (-bereich)	(Produkt-) Bezeichnung	ändert Seite	ändert KVKR-Kontengruppe	Bezeichnung Maßnahme	2024			2025			Erläuterungen/ Inhalt	Beschlussempfehlung HFWO
						Teilansatz neu €	Teilansatz alt (HH-Entwurf KA 31.01.2024) €	Verbesserg./ Verschlecht. (-) €	Teilansatz neu €	Teilansatz alt (HH-Entwurf KA 31.01.2024) €	Verbesserg./ Verschlecht. (-) €		
15 KA 13.03.2024	040101	Musikschulen	342	(15) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	Zuschuss an die Wetzlarer Musikschule Lahn-Dill e. V.	393.000	350.000	-43.000	393.000	350.000	-43.000	Zuschusserhöhung auf Grund des Ergebnisses der Verhandlungen mit der Stadt Wetzlar	Einmütig angenommen
	040102	Volkshochschulen	346	(15) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	Zuschuss an die Lahn-Dill-Akademie	438.000	188.000	-250.000	438.000	188.000	-250.000	Ab dem Jahr 2018 sind Verluste aufgelaufen, die seit 2020 den vorhandenen Gewinnvortrag sowie die Rücklagen überstiegen. Um die drohende Unterfinanzierung abzuwenden und den Fortbestand der Einrichtung zu sichern, ist eine Erhöhung des Zuschusses an die Lahn-Dill-Akademie erforderlich	Mehrheitlich angenommen
Tischvorlage AfD 10.03.2024	160102	Allgemeine Zuwendungen und Umlagen	566	(5) Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	Änderung des Kreisumlage-Hebesatzes in 2024 und 2025 auf je 30,43% (Stadt Wetzlar) und 32,96% (übrige Städte und Gemeinden)	-137.315.710	-145.335.600	-8.019.890	-151.737.330	-154.256.000	-2.518.670	Finanzierung: Der Lahn-Dill-Kreis verzichtet auf den Stellenzubau und greift darüber hinaus auf die Rücklage zurück, um seine Aufgaben erfüllen zu können	
Tischvorlage AfD 15.03.2024	050401	Gemeinschaftsunterkünfte Flüchtlinge	380	(13) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Reduzierung der für die Sicherheitsdienste auf geplanten Aufwendungen um 5%	11.400	12.000	600	11.400	12.000	600	Kreisausschuss soll beauftragt werden, ein nachvollziehbares und effizientes Sicherheitskonzept zu erarbeiten, das den tatsächlichen Sicherheitsbedarf festlegt. Ziel soll dabei sein, die entsprechenden Ausgaben um mindestens 5% zu reduzieren.	
Tischvorlage Die Linke 16.03.2024	020206	Tierschutz	228	(13) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Erhöhung der Zuschüsse für Tierschutzvereine Wetzlar und Dillenburg	25.000	10.000	-15.000	25.000	10.000	-15.000	Die Arbeit der Tierschutzvereine ist seit Jahren nur aufgrund der persönlichen Opferbereitschaft der Vereinsmitglieder und der hohen Spendenbereitschaft der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Der Landkreis sollte seine Unterstützung intensivieren.	
Tischvorlage Die Linke 16.03.2024	03111	Sonstige schulische Aufgaben	329	(15) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	Schulfahrten zu Gedenkstätten des dt. Faschismus	10.000	0	-10.000	10.000	0	-10.000	Seinsibilisierung der Schülerinnen und Schüler und die Wahrung einer mahnenden Erinnerungskultur	

2. Teilfinanzhaushalte/ Investitionsprogramm

2.1 Verpflichtungsermächtigungen

Antrag Nr. Antrag-steller Datum	Produkt- gruppe	(Produktgruppen-) Bezeichnung	ändert Seite	ändert Program- pos.	Bezeichnung Maßnahme	2024			2025			Erläuterungen/ Inhalt	Beschlussempfehlung HFWO
						Ansatz neu €	Teilansatz alt (HH-Entwurf KA 31.01.2024 €	Verbesserg./ Verschlecht. (-) €	Ansatz neu €	Teilansatz alt (HH-Entwurf KA 31.01.2024 €	Verbesserg./ Verschlecht. (-) €		
15 KA 13.03.2024	0203	Brandschutz	596	021205	Fahrzeugbeschaffung überörtl. Brandschutz	330.000	0	-330.000				Verpflichtungsermächtigung für die Ersatzbeschaffung Gerätewagen Atemschutz	Einstimmig angenommen

2.2 Investitionsmaßnahmen

Antrag Nr. Antrag-steller Datum	Produkt- gruppe	(Produktgruppen-) Bezeichnung	ändert Seite	ändert Program- pos.	Bezeichnung Maßnahme	2024			2025			Erläuterungen/ Inhalt	Beschlussempfehlung HFWO
						Ansatz neu €	Teilansatz alt (HH-Entwurf KA 31.01.2024 €	Verbesserg./ Verschlecht. (-) €	Ansatz neu €	Teilansatz alt (HH-Entwurf KA 31.01.2024 €	Verbesserg./ Verschlecht. (-) €		
1 CDU 23.02.2024	0331	Sonstige schulische Aufgaben		NEU	Förderung von Schulinnovationen im Rahmen des Unterrichts	250.000	0	-250.000	250.000	0	-250.000	Schulbezogene pauschale Förderung der technischen Schulinnovationen im Rahmen des Unterrichts (pro Schule max. 25.000 € pro Jahr)	Mehrheitlich abgelehnt
9 CDU 26.02.2024	0331	Sonstige schulische Aufgaben	665	030801	Anschaffung von Reinigungsgeräten und Geräten für die Außenanlagen	150.000	100.000	-50.000	150.000	100.000	-50.000	Beseitigung der Ausstattungsdefizite im Bereich der Hausmeister. Der Ansatz ist von 100 T€ jährlich um 50 T€ auf 150 T€ zur erhöhen.	Mehrheitlich abgelehnt
10 CDU 26.02.2024	0331	Sonstige schulische Aufgaben		NEU	Ausstattungsverbesserung Werkräume	500.000	0	-500.000				Sicherstellung einer flechendeckend guten Ausstattung der Werkräume an Schulen des LDK (Antrag der CDU-Fraktion vom 11.05.23, welcher im Geschäftsgang verblieben ist und nun wieder aufgenommen wird.)	Mehrheitlich abgelehnt
14 CDU 11.03.2024 inkl. Antrags- änderung vom 14.03.24	0324	Berufliche Schulen		NEU	Parkplätze Berufliche Schulen Dillenburg	100.000	0	-100.000				Zur Lösung der Parkplatzsituation an den Beruflichen Schulen in Dillenburg sollen Planungskosten 100 T€ für eine Machbarkeitsstudie in den Haushalt 2024/2025 eingestellt werden.	Mehrheitlich abgelehnt
15 KA 13.03.2024	1602	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	691	160301	Kreditmarkt	-8.500.000	0	8.500.000				Aufnahme eines Förderdarlehens im Rahmen des Förderprogramms Hessischer Investitionsfonds Abt. C für die Umsetzung des Schulcampus der Friedrich Wilhelm-Raiffeisen-Schule	Mehrheitlich angenommen
	1602	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft		NEU	Schulcampus Friedrich Wilhelm Raiffeisen-Schule	8.500.000	0	-8.500.000				Weiterleitung der Mittel aus dem Förderdarlehen im Rahmen des Förderprogramms Hessischer Investitionsfonds Abt. C an Friedrich Wilhelm Raiffeisen Schule zur Errichtung eines neuen Schulstandorts. Die Maßnahme wird mit einem Sperrvermerk versehen, welcher durch HFWO aufzuheben ist.	
	0203	Brandschutz	596	021205	Fahrzeugbeschaffung überörtl. Brandschutz				-175.900	0	175.900	Landeszuweisungen für Gerätewagen Atemschutz sowie Kommandowagen	Einstimmig angenommen
0203	Brandschutz	596	021205	Fahrzeugbeschaffung überörtl. Brandschutz				430.000	100.000	-330.000	Anschaffungskosten für Gerätewagen Atemschutz	Einstimmig angenommen	

3. Allgemein

Antrag Nr. Antrag-steller Datum	Produkt (-bereich)	(Produkt-) Bezeichnung	ändert Seite	ändert KVKR-Kontengruppe	Bezeichnung Maßnahme	2024			2025			Erläuterungen/ Inhalt	Beschlussempfehlung HFWO
						Teilsatz neu	Teilsatz alt <small>(HH-Entwurf KA 31.01.2024)</small>	Verbesserg./ Verschlecht. (-)	Teilsatz neu	Teilsatz alt <small>(HH-Entwurf KA 31.01.2024)</small>	Verbesserg./ Verschlecht. (-)		
7 CDU 26.02.2024	div.	div.	div.	div.	Haushaltsklarheit							Bei der Aufstellung der Haushaltspläne soll auf das Haushaltsprinzip der Haushaltsklarheit vermehrt geachtet werden (ausreichende Erläuterungen, Planergebnisse der Vorjahre als Orientierung)	Mehrheitlich abgelehnt
8 CDU 23.02.2024	div. Prdukthaushalte Stellenplan		div.	div.	Stellenbesetzungssperre und Streichung Stellenplanreserve	0	4,5 VZÄ	- 4,5 VZÄ	0	4,5 VZÄ	- 4,5 VZÄ	Für alle bisher nicht besetzten Stellen sowie zusätzliche Planstellen der Jahre 2024 und 2025 ist eine Stellenbesetzungssperre zu verhängen. Stellenplanreserve wird gestrichen	Mehrheitlich abgelehnt
15 KA 13.03.2023	574 j	Haushaltsvermerke			Pauschalen Schulbudget							In Ziffer 5.5.3.1.2 der Haushaltsvermerke (S. 574j, Pauschalen Schulbudget) wird folgender Satz ergänzt: „Auf das entsprechend errechnete Budget erfolgt ein Aufschlag von 20 %“ Diese <u>Erhöhung ist in den Planzahlen des Haushaltsentwurf 2024/25 bereits enthalten.</u> Es handelt sich lediglich um eine redaktionelle Anpassung der Haushaltsvermerke.	Einstimmig angenommen
	NEU	Haushaltsvermerke			Zuwendung an das THW für den Bau eines Übungsobjekts für die Bergung von Erdbebenopfer							Die Zuwendung an das THW für den Bau eines Übungsobjekts für die Bergung von Erdbebenopfer auf dem gemeinsamen Übungsgelände des Lahn-Dill-Kreises und THW in Dillenburg-Fronhausen i. H. v. 30.000 € wird mit einem Sperrvermerk versehen, welcher vom Bauausschuss aufzuheben ist. <u>Die o. g. Zuwendung ist im Haushaltsentwurf 2024/25 bereits veranschlagt.</u>	Einstimmig angenommen
Tischvorlage AfD 10.03.2024	div.	div.	div.	div.	Rückkehr zum einjährigen Haushalt							Der Kreistag beschließt den Entwurf der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2024 in der vom Kreisausschuss festgestellten Fassung unter Einschluss der vom Kreistag beschlossenen Änderungen. Die Beratung und Beschlussfassung für das Haushaltsjahr 2025 wird auf das nächste Jahr verschoben, da unter den gegebenen Rahmenbedingungen eine zuverlässige Prognose für einen Zeitraum von zwei Jahren schwierig ist.	
Tischvorlage AfD 10.03.2024	div. Prdukthaushalte Stellenplan		div.	div.	Stellenstopp für die Haushaltsjahre 2024 und 2025.	0	21,69 VZÄ	-21,69 VZÄ	0	14 VZÄ	-14 VZÄ	Der Kreisausschuss beschließt mit sofortiger Wirkung einen Stellenstopp für die Haushaltsjahre 2024 und 2025. Die neu aufgeplanten Stellen für diese beiden Haushaltsjahre werden gestrichen.	
Tischvorlage Die Linke 16.03.2024	div.	div.	div.	div.	Beschlussfassung nur über den Haushaltsentwurf 2024. Beratung und Beschlussfassung über Haushaltsjahr 2025 nach der Sommerpause 2023							Durch Doppelhaushalte werden die Mitwirkungsrechte des Kreistags eingeschränkt. Zudem kommt es häufiger zu Nachtragshaushalten, die einen immensen Mehraufwand bedeuten Anmerkung der Verwaltung: Gemeint ist Sommerpause 2024 .	